

Niederschrift
der 09. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 08.11.2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:10 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. Heike Carstensen

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn ab 17:05 Uhr

Frau Anett Kindler

Frau Maria Quintana Schmidt

Frau Sabine Tiede

Vertreter

Frau Ann Christin von Allwörden Vertretung für Herrn Harald Ihlo

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Frau Sabine Fielitz-Gierke

Frau Kathi Gutsmuths

Herr Jörg Janke

Herr Heino Tanschus

Frau Barbara Werner

Herr Andreas Witte

Gäste

Herr Richard Kreutzberg

Herr Mattern

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 12.10.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2017 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0069/2016

- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0066/2016
- 4.2 Sachstand zum Thema Prostitution, Frauenhandel und Modellwohnungen in Stralsund
- 4.3 Arbeitsplan 2017
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 7 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: Zustimmungen Gegenstimmen Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 12.10.2016

Die Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 12.10.2016 wird bestätigt.

Abstimmung: 3 Zustimmungen 1 Gegenstimme 3 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2017 der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0069/2016

Frau Gutsmuths informiert, dass Teile der Teilhaushalte 7 und 8 in Ihrer Verfügungsberechtigung liegen. Ein Teil liegt auch in anderen Ämtern. Sie macht folgende Ausführungen:

Im Teilhaushalt 7 – Soziale Sicherung sind Zuschüsse für den Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention enthalten. Weiter stehen u.a. Mittel für das Nachbarschaftszentrum, das Mehrgenerationenhaus und die KISS zur Verfügung. Weiter sind Mittel zur Förderung der Träger der Wohlfahrtspflege eingestellt.

Die Ansätze für das Haushaltsjahr 2017 sind ähnliche wie die Planung für das Jahr 2016. Es wurden keine Einschnitte zum Ansatz des vorigen Jahres vorgenommen.

Im Teilhaushalt 8 sind die Ansätze für die Kinder- und Jugendhilfe zu finden. Hier sind z.B. die pflichtigen Aufgaben, wie die Unterbringung von Kindern in Kindertageseinrichtungen enthalten. Dies betrifft die Anteile als Wohnsitzgemeinde für Kinder, die ihren allgemeinen Wohnsitz in Stralsund haben.

Die Kosten sind ähnlich wie in 2016 geplant. Leistungssteigerungen wurden berücksichtigt. Bei sprunghafter Steigung würde in der nächsten Haushaltsdebatte eine Anpassung stattfinden. Jetzt sind die bisherigen 5% Steigerung berücksichtigt worden.

Weiter sind in diesem Teilhaushalt die Zuschüsse für freiwillige Aufgaben aufgeführt. Der Haushaltsansatz für die Jugendarbeit, die Schulsozialarbeit und die Jugendsozialarbeit ist gleichbleibend in 2017 eingearbeitet worden. Mit den Trägern ist dies vorher schon kommuniziert worden, damit auch diese ihre Projekte planen können.

Frau Kindler weist darauf hin, dass beim Anteil der Wohnsitzgemeinde zu den Kita-Kosten die Planung von 2017 gleichbleibend zur Vorjahresplanung ist. Frau Gutsmuths teilt mit, dass die geplanten Mittel auskömmlich waren. 2016 wurden nicht alle Mittel verbraucht. Sobald mehr Mittel benötigt werden, muss eine Deckung gefunden werden, da es sich hier um eine pflichtige Aufgabe der Gemeinde handelt.

Auf die Frage von Frau Ehlert zum Produkt „Beförderung Hortkinder“ erläutert Frau Gutsmuths, dass diese Leistung schon 2015 nicht mehr ausgereicht wurde, da der Vertrag, auf dem diese Zahlungen beruhten, ausgelaufen ist. Die genauen Hintergründe wird sie nachreichen.

Frau Friesenhahn möchte wissen, ob die Schulsozialarbeit in allen Schulen für 2017 gesichert ist. Dazu führt Frau Gutsmuths aus, dass die Hansestadt Stralsund dies nur als freiwillige Aufgabe mit einer Co-Finanzierung unterstützt. Die Anträge der Schulen müssen beim Landkreis Vorpommern-Rügen gestellt werden. Dort trifft dann der Jugendhilfeausschuss die Entscheidungen.

Frau Ehlert fragt nach, ob die in der Bürgerschaft beschlossenen drei zusätzlichen Planstellen im Bereich Grünflächen mit eingearbeitet sind. Herr Bogusch kann dies bestätigen. Weiter informiert er, dass für die Beleuchtung am Moorteich in der Haushaltsplanung Gelder eingestellt wurden, da das Thema zu dem Zeitpunkt noch nicht abschließend beraten wurde. Eine abschließende Willensbildung steht noch aus, aber die dafür notwendigen Mittel würden bereitstehen.

Frau Friesenhahn fragt nach, ob es eine Haushaltsstelle für die Entsorgung von illegalen Müllplätzen gibt. Dazu führt Herr Bogusch aus, dass es keine gesonderte Haushaltsstelle gibt. Die Kosten werden über die Pflege von Grünanlagen gedeckt. Teilweise wird es auch in Eigenleistung entsorgt.

Zur Frage von Frau Ehlert bezüglich der Kosten zum Winterdienst 2016 führt Herr Bogusch aus, dass die Ausgaben über Einnahmen aus der Straßenreinigungssatzung gedeckt werden. Die Gebührenkalkulation der Satzung wird alle 2 Jahre angepasst.

Frau Ehlert erbittet Informationen zu den Planstellen bei der Berufsfeuerwehr.

Herr Tanschus weist darauf hin, dass die Hansestadt Stralsund keine Berufsfeuerwehr vorhalten muss. Dennoch steht der Entschluss dies zu tun. Daher gibt es die Kombination aus Berufsfeuerwehr und freiwilliger Feuerwehr, welche sich in der Praxis rentiert hat. Die Freiwillige Feuerwehr ist in den letzten Jahren gewachsen und hat einen sehr guten Altersdurchschnitt.

In der Berufsfeuerwehr werden alle 2 Jahre 2 Anwärter ausgebildet.

Frau Friesenhahn fragt nach, ob die technische Ausstattung der Feuerwehr gut ist. Herr Tanschus macht deutlich, dass verschiedene Beschaffungen von Fahrzeugen durch die Bürgerschaft beschlossen wurden. Es wird stetig ältere durch neue Technik ersetzt.

Frau Ehlert wird ihre Fragen zur Kinder- und Stadtbibliothek S. 69 über die Fraktion klären. Fragen bezüglich des Personals und der Auszubildenden wird sie über den Vertreter im Ausschuss für Finanzen und Vergabe klären lassen.

Frau Tiede verlässt den Sitzungssaal.

Nach einer Diskussion einigen sich die Mitglieder darauf, die Vorlage abzustimmen.

Frau Ehlert stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0069/2016 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 4 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Prüfauftrag: Hundepplatz in Stralsund Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion Vorlage: AN 0066/2016

Frau Tiede nimmt wieder an der Beratung teil.

Herr Bogusch erinnert an den Auftrag, einen Hundebauslaufplatz zu schaffen. Es wurde nach passenden Flächen gesucht.

Letztlich wurde eine Fläche hinter der Arnold-Zweig-Straße gefunden. Mit der Kämmerei wurde Rücksprache bzgl. Zahlen aus der Hundesteuer gehalten, um auch eine Vielzahl von Hundehaltern zu erreichen.

Das Gespräch mit angrenzenden Kleingärtnern wurde geführt.

Die Größe der Fläche, die dann genutzt werden kann, beträgt 5,5 Tm². Es ist vorgesehen, die Fläche einzuzäunen. Die Kosten dafür werden auf ca. 8T € geschätzt.

Herr Bogusch schlägt vor, an den Eingängen Hundetütenständer zur Verfügung zu stellen. Es müssten erst einmal Erfahrungen mit der Pflege gemacht werden, um dann mit möglichen anderen Maßnahmen zu starten.

Frau von Allwörden informiert aus Erfahrungen in anderen Städten, dass die Wertschätzung der Hundebesitzer sehr groß sei. Sie ist der Meinung, man sollte 2 Eingänge schaffen und mit Hinweisen zum Verhalten und Tütenspendern versehen.

Frau Kindler erfragt, ob mit der zur Verfügung Stellung eines Hundeplatzes eine Untersagung in bestimmten Bereichen des Stadtgebietes für das Führen von Hunden ausgesprochen werden kann. Sie nennt das Beispiel des St. Jürgen Friedhofs, wo viele Hundebesitzer ihre Tiere ausführen.

Herr Bogusch macht deutlich, dass dies ein schwieriges Thema sei. Sein Kenntnisstand zum St. Jürgen Friedhof ist, dass dort Leinenzwang besteht.

Frau Kindler schlägt vor, 2 Wochen lang verstärkte Kontrollen durchführen, um das freie laufen lassen von Hunden einzudämmen.

Frau Ehlert ist der Meinung, dass hier eine gute Standortwahl getroffen wurde. Der Hundeplatz sollte geschaffen werden um auch Erfahrungen zu sammeln, wie er angenommen wird.

Auf die Frage Frau Dr. Stahlberg stellt Herr Bogusch klar, dass noch keine konkreten Planungen durchgeführt wurden und somit auch noch kein Termin für eine mögliche Umsetzung genannt werden kann. Weiter macht er deutlich, dass für die Umzäunung eine Deckung im Haushalt gefunden werden muss.

Frau Ehlert schlägt vor, im Frühjahr mit dem Projekt zu starten.

Die Mitglieder des Ausschusses empfehlen, den Hundeplatz wie vorgeschlagen hinter der Arnold-Zweig-Straße anzulegen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4.2 Sachstand zum Thema Prostitution, Frauenhandel und Modellwohnungen in Stralsund

Herr Tanschus bittet um konkrete Fragen zum umfassenden vorliegenden Thema.

Frau Dr. Stahlberg fragt nach, ob es einen Überblick gibt, um auch die Kontrolle besser ausüben zu können. Weiter möchte sie wissen, ob es in der Vergangenheit Gefahrensituationen gab.

Herr Tanschus stellt klar, dass Prostituierte keine Anzeigepflicht bei der Stadt haben.

Es handelt sich um kein Gewerbe im Sinne der Gewerbeordnung.

Weiter erinnert Herr Tanschus an den Auftrag der Bürgerschaft, dass sich der Oberbürgermeister für die Überarbeitung der Sperrbezirksverordnung einsetzen sollte.

Daraufhin wurde das Verbot der Prostitution in Häusern in der Altstadt aufgehoben.

Diese Überarbeitung hat keine wesentlichen Veränderungen nach sich gezogen.

Die angebotenen Dienstleistungen sind im Internet und in Zeitungen veröffentlicht.

Für Frauenhandel bzw. allgemein auch Menschenhandel sind die Strafverfolgungsbehörden zuständig. Daher kann Herr Tanschus keine konkreten Aussagen treffen. Aus der Presse der letzten Jahre sind ihm jedoch keine konkreten Fälle bekannt.

zu 4.3 Arbeitsplan 2017

Frau Ehlert bittet darum, Themen an die Geschäftsstelle zu richten.

In der nächsten Sitzung wird der Arbeitsplan 2017 vorgestellt.

zu 5 Verschiedenes

Frau Ehlert informiert, dass Anwohner im Wohngebiet Kleiner Wiesenweg sich über die Geschwindigkeitsüberschreitungen beschwert hätten.

Dazu führt Herr Bogusch aus, dass aus verschiedenen Straßen im Stadtgebiet Hinweise vorliegen würden. Es wird dann ein Seitenradarmessgerät für die Überprüfung installiert. Die Ergebnisse gehen dann an die Polizei und das Ordnungsamt für Kontrollen.

Weiter führt Herr Bogusch aus, dass eine Prioritätenliste erarbeitet wurde, nach der verschiedene Maßnahmen geplant sind und werden.

Aufgrund der schwierigen Vergabesituation mussten Maßnahmen bis zum Frühjahr 2017 verschoben werden.

Frau Dr. Carstensen informiert, dass Ende November die Anti-Gewaltwoche stattfindet. Es ist geplant, weltweit orange Wimpel und Fahnen auszuhängen.

Frau Fielitz-Gierke teilt mit, dass eine Genehmigung für das Rathaus dafür noch aussteht.

Frau Quintana Schmidt teilt mit, dass Autos am Frankenwall auf dem neuen Radwegen parken.

Frau von Allwörden ist der Meinung, dass die Autos auf dem Gehweg parken.

Frau Ehlert bittet die Verwaltung, dies als Hinweis aufzunehmen.

Frau Gutsmuths informiert, dass die freien Trägern der Jugendarbeit inklusive dem Projekt Stadtteiltreff Knieper West für Projekte der Jugend-, Jugendsozial- und Schulsozialarbeit Personal-, Sach- und Mietkosten in einer Gesamthöhe von ca. 240.300 € beantragt haben. Im Laufe des Jahres wurden Änderungen, die die personelle Besetzung der Maßnahme in der Regionalschule Hermann Burmeister, Jugendwerkstatt Dänholm und den Jugendtreff ViP Kids betreffen, bekannt gemacht. Somit verringerten sich die beantragten Kosten um 16.000 €.

Die Maßnahme in der Regionalschule Hermann Burmeister wurde nach einer kurzen Pause wieder besetzt. Die Maßnahme Jugendwerkstatt Dänholm endete am 15.08.2016 und die im Jugendtreff ViP Kids am 01.09.2016. Die Gründe dafür sind unterschiedlich und wurden nicht weiter erörtert.

Nach Bewilligung der Kosten für den Stadtteiltreff Knieper West und der beantragten Personalkosten für alle Projekte der Jugendarbeit in ungekürzter Höhe verblieb für die Bezuschussung der beantragten Mietkosten nur ein Anteil in Höhe von 60 %.

Verteilung:

Personalkosten	183.070,46 €
Sachkosten	3.614,00 €
Mietkosten	24.815,54 €
Gesamt	211.500,00 €

Frau Gutsmuths stellt die die konkreten Auflistungen als Anlage für das Protokoll zur Verfügung.

Frau Dr. Stahlberg fragt nach ob Notunterkünfte für die kalte Jahreszeit bereitstehen.

Herr Tanschus erläutert, dass die Obdachlosenunterkunft wie jedes Jahr Zimmer bereithält.

Ab Null Grad Außentemperatur kann die Zuweisung als formeller Verwaltungsakt auch im Nachhinein erlassen werden.

In der Hilfefkonferenz mit Polizei, Feuerwehr, Zoll, dem Landkreis Vorpommern-Rügen, freien Träger usw. wurde dieses Thema ebenfalls erörtert. Es erfolgt dann eine Veröffentlichung von Möglichkeiten im Amtsblatt.

Obdachlosigkeit entsteht meist durch Zwangsräumungen.

Für Personen, die freiwillig draußen leben, ist die Entscheidung, in die Obdachloseunterkunft zu gehen jedoch schwierig.

Frau Ehlert lobt die gute Arbeit der Obdachlosenunterkunft.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Beratungsbedarf gibt, entfällt dieser und Frau Ehlert schließt die Sitzung.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

gez. Sabine Ehlert
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung